



Deutscher Gewerkschaftsbund

Fleischindustrie

Fleischindustrie wird zum Corona-Hotspot

Überausbeutung und Werkverträge: Das Geschäftsmodell einer Branche als Brandbeschleuniger der Pandemie

Menschenunwürdige Arbeits- und Wohnbedingungen für Werkvertragsbeschäftigte in der Fleischindustrie sind seit Jahren bekannt. Die großen Fleischkonzerne lagern einen Großteil ihrer Kerntätigkeiten an Subunternehmer aus, die Beschäftigte in Ost- und Südosteuropa anwerben. Gearbeitet wird im Akkord, 12- bis 14-Stunden-Schichten sind keine Seltenheit.

Viele Beschäftigte arbeiten "nicht nur zu miesen Löhnen und Arbeitsbedingungen, sondern werden auch in Absteigen zusammengepfercht, in denen Abstand und grundlegende Hygienemaßnahmen kaum möglich sind", wie Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) dem Spiegel sagte.

Sechs Prozent aller Covid-19-Fälle in Schlachthöfen

Trotzdem hat die Politik bislang viel zu wenig getan, um diesem Ausbeutungssystem einen Riegel vorzuschieben. Das rächt sich nun in der Corona-Pandemie: Rund 850 Beschäftigte in Schlachthöfen hatten sich bis Mitte Mai mit dem SARS-CoV-2-Virus infiziert. Das waren sechs Prozent (!) aller akuten Covid-19-Fälle in der Bundesrepublik – allein im Umfeld dreier Betriebe.

Der erste nachgewiesene Ausbruch in einem deutschen Schlachthof begann schon vor Ostern. Am 7. April hatte sich ein Beschäftigter im Unternehmen Müllerfleisch aus Birkenfeld bei Pforzheim an die Polizei gewandt, weil es ihm schlecht ging. Das Gesundheitsamt fand schnell weitere 80 Infizierte ausgemacht, mittlerweile sind es über 400 – allesamt Wanderarbeiter aus Osteuropa, untergebracht in engen, überbelegten Unterkünften mit mangelhaften Sanitär- und Sozialräumen. Auch in Schlachtbetrieben in Coesfeld (NRW) und Bad Bramstedt (Schleswig-Holstein) wurden im Mai Hunderte Covid-19-Fälle bekannt.

Kriminelle Energie

Für Kenner der Branche kommt diese Entwicklung nicht überraschend (vgl. Interview mit Elwis Capece, NGG). Überausbeutung und systematische Umgehung gesetzlicher Mindeststandards gehören zum System. Erfahrungen aus der Beratungspraxis von Faire Mobilität zeigen, welche Tricks Subunternehmer anwenden, um den gesetzlichen Mindestlohn zu unterlaufen. So werden üblicherweise geringere Stundenzahlen vereinbart als die Beschäftigten tatsächlich arbeiten. Für Urlaubs- oder Krankheitszeiten wird dann nur der geringere vertragliche Lohn ausgezahlt. So sparen die Unternehmen Lohnzahlungen und Sozialversicherungsbeiträge. Häufig werden weniger Stunden ausgezahlt als gearbeitet wurden. Die Beschäftigten können ihre geleistete Stundenzahl kaum beweisen. Und wenn Beschäftigte selbst kündigen, warten sie oft vergeblich auf ihren letzten Lohn, ebenso wie auf Austrittspapiere und Arbeitszeugnisse.

Beratungsstellen mit Schwerpunkt Fleischindustrie

- [Faire Mobilität Dortmund](#)
- [Faire Mobilität Kiel](#)
- [Faire Mobilität Oldenburg](#)

Flyer: Arbeit im Schlachthof

- auf [deutsch](#)
- auf [bulgarisch](#)
- auf [polnisch](#)
- auf [rumänisch](#)
- auf [ungarisch](#)

2015 veröffentlichten die sechs großen deutschen Fleischkonzerne eine Selbstverpflichtungserklärung „für attraktivere Arbeitsbedingungen“. Doch werde die desolante Unterbringungssituation noch der Missbrauch von Werkverträgen wurde damit beendet. Zwar erklärten die Unternehmen, sie wollten den Anteil ihrer Stammbeschafteten erhöhen – allerdings nur „im Rahmen ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse“.

Wenn es freiwillig nicht geht, kann nur noch staatlicher Zwang helfen: "Wir brauchen verbindliche Quoten für die Kontrollen, schmerzhaft Bußgelder bei Verstößen und klare, unmissverständliche Verantwortung eines Arbeitgebers für seine Betriebsabläufe", fordert Bundesarbeitsminister Heil. Am 17. Mai will er im Corona-Kabinett dazu Vorschläge für eine Novelle des Arbeitsschutzgesetzes vorlegen.

Fleischindustrie: Fakten und Zahlen

Knapp 60 Kilogramm Fleisch verzehren die Deutschen im Schnitt pro Kopf und Jahr. Obwohl der Fleischkonsum in Deutschland seit Mitte der 80er Jahre leicht rückläufig ist steigt die Produktionsmenge: Wurden 1970 laut Eurostat noch 2583 Tonnen erzeugt, waren es 2016 bereits 5455 Tonnen. Seit der Jahrtausendwende hat die Branche ihren Umsatz verdoppelt. Deutschland ist nach den USA und Brasilien der weltweit größte Fleischexporteur und liefert an weltweit über 100 Länder.



mappe-cn/flickr

Sechs große Unternehmen beherrschen den deutschen Markt. Allein die drei größten deutschen Fleischkonzerne schlachteten 2017 mehr als 33 Millionen Schweine, das entspricht einem Marktanteil von 57 Prozent. In einzelnen Großschlachthöfen werden bis zu 150.000 Schweine pro Woche geschlachtet.

90.000 Beschäftigte arbeiten in der deutschen Fleischindustrie (ohne Handwerksbetriebe). Diese Zahl hat sich seit den 90ern kaum verändert. Der Umsatz pro Beschäftigten hat sich seit der Jahrtausendwende allerdings verdoppelt.

Um billiges Fleisch exportieren zu können, importiert Deutschland billige Arbeitskraft: Zwei Drittel der Beschäftigten sind bei Subunternehmern angestellt, die über Werkverträge als Dienstleister für die Fleischindustrie tätig sind.

(Quelle: Eigene Recherchen)

„Dieses Ausbeutungssystem muss durchbrochen werden“

Prekäre Arbeit, prekärer Gesundheitsschutz: Die Corona-Ausbrüche unter Schlachthof-Beschäftigten sind eine Folge des Geschäftsmodells der Fleischindustrie

Ein Gespräch mit Elwis Capece, NGG Mannheim-Heidelberg und Mittelbaden-Nordschwarzwald



Elwis Capece

In den letzten Wochen sind Hunderte Corona-Infektionen unter Beschäftigten von Fleischbetrieben bekannt geworden. Was stimmt mit der Branche nicht?

Das kommt nicht überraschend. Diese Corona-Ausbrüche sind eine Folge des Werkvertragssystems in der Fleischindustrie. Die großen Fleischkonzerne in Deutschland arbeiten zum großen Teil mit Subunternehmern, die Arbeiter aus Südost- und Osteuropa anwerben und hier zu prekären Bedingungen beschäftigen. Die Leute werden auf viel zu engem Raum in Mehrbettzimmern mit Stockbetten untergebracht. Es ist klar, dass solche Wohnverhältnisse die Ausbreitung von Infektionskrankheiten begünstigen.

Die Unternehmen sagen, sie seien für die Wohnsituation nicht verantwortlich. Ist das glaubhaft?

Offiziell sagen die Fleischunternehmer, sie haben damit nichts zu tun, weil die Beschäftigten sich selbst um ihre Unterkunft kümmern – wohnen sei schließlich Privatsache. Das ist zynisch, denn natürlich gibt es langjährige Geschäftsbeziehungen zwischen Auftraggebern, Subunternehmen und den Vermietern der Unterkünfte. Was fehlt, sind rechtlich verbindliche Mindeststandards für die Unterbringung der Beschäftigten. Wir prangern das als Gewerkschaft seit vielen Jahren an. Trotzdem hat sich bislang die Politik nur wenig dafür interessiert.

Über die Wohnsituation wird ja nun immerhin öffentlich diskutiert. Aber wie sieht es an den Arbeitsplätzen aus – ist da alles in Ordnung?

Solange wir nichts anderes beweisen können, gehen wir davon aus, dass die Hygienestandards am Arbeitsplatz eingehalten werden. Aber diese Standards betreffen den Umgang mit dem Fleisch! Ob Arbeits- und Gesundheitsschutz auf dem aktuellen Stand sind und so eingehalten werden, wie es unter Pandemiebedingungen erforderlich wäre – darüber gibt es keine verlässlichen Informationen. Kontrollen finden kaum statt. So hat Müllerfleisch der Berufsgenossenschaft zunächst den Zugang zum Betrieb verweigert, mit der Begründung, dass der Betrieb unter Quarantäne stehe. Die Unternehmen verweisen stattdessen auf irgendwelche Hygienezertifikate, die über die tatsächliche Situation rein gar nichts aussagen. Anstatt sie damit davonkommen zu lassen müsste man jetzt einen Totalcheck machen.

Siehst du jetzt eine Chance, dass die Dinge endlich in Bewegung kommen?

Öffentlicher Druck kann etwas bewirken. Vor sieben Jahren hatten wir in Birkenfeld eine Protestaktion. Eine Gruppe ungarischer Beschäftigter hatte, nachdem man ihnen die Mietkosten vom Lohn abgezogen hatte, nicht mehr genug Geld hatten, um nach Ungarn zurück zu fahren. Daraufhin haben sie vor dem Fleischwerk kampiert. Müllerfleisch hat dann fix das Portemonnaie aufgemacht, damit die Arbeiter schnell das Land verlassen.

Für die Beschäftigten war das ein Erfolg, aber am System hat es nichts geändert. Das wäre aber nötig: Wir brauchen klare Mindeststandards für Unterkünfte und Arbeitsbedingungen, die wirksam kontrolliert und mit Sanktionen bewehrt sein müssen. Nur so kann dieses Ausbeutungssystem durchbrochen werden.

Forderungen der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG):

1. Verbot von Werkverträgen im Kernbereich der unternehmerischen Tätigkeit
2. Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Arbeits- und Gesundheitsschutz
3. Klare, am besten bundeseinheitliche Regelungen für Unterkünfte der Beschäftigten
4. Begrenzung der Unterkunftskosten nach Maßgabe der Sachbezugsverordnung
5. einen brancheneinheitlichen Mindestlohntarifvertrag, der ein menschenwürdiges Leben und eine angemessene Unterkunft ermöglicht

Publikation

↓ Broschüre: Zur Situation in der deutschen Fleischindustrie (2016) (PDF, 1 MB)

Auf Einladung von Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, diskutierten eine Reihe von Experten am 8. September 2016 in Berlin die Frage, ob sich die Arbeitsbedingungen aufgrund des eingeführten Branchenmindestlohnes und einer Selbstverpflichtungserklärung »für attraktivere Arbeitsbedingungen« der größten sechs Konzerne in der

Fleischindustrie inzwischen verbessert haben. Die vorliegende Broschüre fasst die Statements der Experten zusammen und ergänzt sie durch einige Fallbeispiele aus der Beratungsarbeit von »Faire Mobilität«. Außerdem enthält sie ein Interview mit Szabolcs Sepsi, dem Koordinator des vom BMWi finanzierten Zusatzprojektes zur Fleischindustrie bei »Faire Mobilität«. Die Broschüre kann in gedruckter Form beim Projekt unter pegelow.bfw@dgb.de bestellt werden.



Faire Mobilität